

K anzei – I nfo 04-05/2004

R echtsanwälte K otz

Siegener Straße 104 ~ 57223 K reuztal
Telefon: 02732/791079 ~ Telefax: 02732/791078

Homepage: <http://www.ra-kotz.de> ~ E-Mail: info@ra-kotz.de

Rundschreiben i.S.d. BGH-Urteil vom 15.03.2001 – Az. : I ZR 337/98 – vgl. hierzu: <http://www.ra-kotz.de/anwaltswerbung2.htm>

Wichtig: Trotz gewissenhafter Bearbeitung aller Beiträge kann eine Haftung für deren Inhalt leider nicht übernommen werden!

Verfasser: Rechtsanwalt Dr. jur. Christian Gerd Kotz

In diesem Monat erläutern wir Ihnen:

- Lug und Betrug bei Internetversteigerungen – Teil 4 (auf Seite 1 ff.)
- Aus der Politik etc. (auf Seite 4 ff.)
- Interessante Urteile – kurz notiert (auf Seite 6 ff.)
- Kuriose Urteile und ähnliches (auf Seite 11 f.)

Juristischer Spruch o.ä. zum Einstieg:

Ein wirklich unvoreingenommenes Urteil kann man nur über Dinge abgeben, die einen nicht interessieren und das ist zweifellos der Grund, dass unvoreingenommene Urteile wertlos sind.

Oscar Wilde, 1854-1900, anglo-irischer Schriftsteller

„Lug und Betrug bei eBay“ - Internetversteigerungen: Probleme und Rechte – Teil 4:

V. Sachmängelhaftung bei Internetauktionen z.B. eBay:

1. Einführung: Wie bereits zuvor erwähnt handelt es sich bei Internetauktionen, sei es ein „Sofortkauf“ oder eine „Ersteigerung“ um ganz normale Kaufverträge.

a. Es gelten daher bzgl. der Haftung des Verkäufers für Sachmängel die „normalen“ gesetzlichen Regelungen des Kaufrechts.

b. Dies gilt auch für Sofortkäufe oder Ersteigerungen über das Internet, bei denen der Verkäufer ein Unternehmer im Sinne von § 14 BGB und der Käufer ein Verbraucher (§ 13 BGB) ist.

(Unternehmer im Sinne von § 14 BGB ist jeder, der bei Abschluss eines Rechtsgeschäfts in Ausübung seiner gewerblichen oder selbstständigen beruflichen Tätigkeit handelt. Hierunter fallen auch branchenfremde Geschäfte oder Nebentätigkeiten. Bei einem Verbraucher im Sinne von § 13 BGB ist das Rechtsgeschäft weder einer gewerblichen noch einer selbstständigen beruflichen Tätigkeit zuzuordnen.)

Bei diesen sog. „Verbrauchsgüterkäufen“ gem. § 474 BGB kann der Unternehmer die gesetzlichen Regelungen zur Sachmängelhaftung nicht zum Nachteil des jeweiligen Verbrauchers abändern (vgl. § 475 BGB). Der Unternehmer kann auch nicht die Sachmängelhaftungsfrist von 2 Jahren bei Neuware und 1 Jahr bei gebrauchten Gütern zum Nachteil des Verbrauchers abändern (vgl. § 475 Abs. 2 BGB). Dies ist lediglich dann möglich, wenn der Kaufvertrag zwischen zwei Unternehmern geschlossen wird (z.B. per AGBs ein Haftungsausschluss vereinbart wird).

2. Vorliegen eines Sachmangels:

a. Voraussetzung für eine Sachmängelhaftung ist, dass zwischen Käufer und Verkäufer ein Kaufvertrag geschlossen wurde und dass der Kaufgegenstand bei „Gefahrübergang“ einen Sachmangel aufweist.

In Betracht kommen als Sachmängel eine Beschaffenheitsabweichung (vgl. b), ein Montagefehler (vgl. c) oder eine Falsch- und/oder Zuweniglieferrung (vgl. d).

Die Gefahr geht vom Verkäufer auf den Käufer über, wenn die verkaufte Sache an diesen übergeben wird (vgl. § 446 Satz 1 BGB). Versendet der Verkäufer auf Verlangen des Käufers den Kaufgegenstand an einen anderen Ort als den Erfüllungsort (dies ist in der Regel der Wohnsitz des Verkäufers), so muss der Verkäufer den Kaufgegenstand nur ordnungsgemäß verpackt etc. der Transportperson übergeben (vgl. § 447 Abs. 1 BGB). Mit der Versendung vereinbaren die Vertragsparteien eine sog. „Schickschuld“. Wird nun der Kaufgegenstand beim Transport zerstört oder beschädigt, ohne dass dies der Verkäufer verschuldet hat, so muss der Käufer dem Verkäufer den vollen Kaufpreis bezahlen. § 447 BGB findet jedoch nicht auf Verbrauchsgüterkäufe Anwendung. Versendet ein Unternehmer an einen Verbraucher einen Kaufgegenstand, so trägt der Unternehmer die Gefahr des Untergangs oder der Beschädigung während des Transports. § 447 BGB findet keine Anwendung bei Geschäften unter Unternehmern oder unter Verbrauchern, d.h. ersteigern Sie z.B. bei eBay einen Artikel von einem Verbraucher, so muss dieser den Kaufgegenstand nur nachweislich einem Transportunternehmen (z.B. Post etc.) zum Versand übergeben haben. Kommt der Kaufgegenstand nun bei Ihnen nicht an und haben Sie keinen versicherten Versand vereinbart, so müssen Sie trotzdem den vollen Kaufpreis an den Verkäufer zahlen. Achten Sie daher immer darauf, auf einen versicherten Versand zu bestehen oder eine sog. „Bringschuld“ mit dem Verkäufer zu vereinbaren, d.h. der Verkäufer muss den Kaufgegenstand Ihnen an Ihrem Wohnsitz übergeben. Bedient sich der Verkäufer hierzu eines Transportunternehmens und wird der Kaufgegenstand während des Transports nun zerstört oder kommt er nicht an, trägt der Verkäufer dieses Risiko (sog. „Preisgefahr“).

b. Der Kaufgegenstand muss bei „Gefahrübergang“ auf den Käufer die vereinbarte Beschaffenheit haben (vgl. § 434 Abs. 1 Satz 1 BGB).

aa. Unter „Beschaffenheit“ fällt jede Eigenschaft und jeder dem Kaufgegenstand anhaftende tatsächliche, wirtschaftliche oder rechtliche Umstand (z.B. neu, neuwertig oder gebraucht, Größe, Gewicht, Alter, Herstellungsmarkt [Grauimport], Herstellungsmaterial, Motorkraft, Energieverbrauch, Kilometerleistung etc.). Mithin fällt jede der Sache „anhaftende“ Eigenschaft hierunter. Hierunter fallen auch das Eigentum an der verkauften Sache bzw. deren Wert oder der Preis selbst (dies ist jedoch teilweise umstritten!).

bb. Diese Beschaffenheit muss zwischen dem Verkäufer und dem Käufer bei Kaufvertragsschluss vereinbart worden sein. Normalerweise legt der Verkäufer die Beschaffenheit des Kaufgegenstands in der Artikelbeschreibung dar. Die Artikelbeschreibung stellt dann bereits eine Beschaffenheitsvereinbarung dar. Die Beschaffenheitsvereinbarung kann auch nachträglich nach Abschluss des Kaufvertrages noch erweitert werden.

Z.B. wenn der Käufer bei einer Auktion bzw. nach der Ersteigerung Bedenken hat, ob es sich um ein Original oder ein Plagiat handelt. Er kann sich von dem Verkäufer nach Vertragsschluss bestätigen lassen, dass es sich um ein Original handelt. Bestätigt dies der Verkäufer und stellt sich später heraus, dass der Kaufgegenstand doch ein Plagiat ist, so ist die vereinbarte Beschaffenheit des Kaufgegenstands ein Original und es liegt mithin ein Sachmangel vor.

Die Angaben des Verkäufers im Verkaufstext bzw. Angebotstext stellt den Normalfall einer Beschaffenheitsvereinbarung dar. Bzgl. der Auslegung der diesbezüglichen Äußerungen und Angaben gibt es in der Praxis die größten Auseinandersetzungen. Häufig übertreibt der Verkäufer mit seinen Anpreisungen bewusst oder unbewusst. So wird z.B. ein altes und gebrauchtes Mobilfunktelefon als „neuwertig“ angeprie-

sen, obwohl das Display schon völlig zerkratzt ist und der Akku einen „Memoryeffekt“ aufweist und ausgetauscht werden muss.

Eine Beschaffenheitsvereinbarung kann auch konkludent durch entsprechendes Handeln, stillschweigend, durch Verkehrsübung oder durch einen Handelsbrauch zustande kommen. Dies hängt jedoch stark von dem jeweiligen Einzelfall ab, so dass hierauf nicht weiter eingegangen wird.

cc. Wurde bei Abschluss des Kaufvertrages keine Beschaffenheitsvereinbarung zwischen dem Käufer und dem Verkäufer getroffen, so muss sich der Kaufgegenstand zur vertraglich vorausgesetzten Verwendung eignen (vgl. § 434 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 BGB), d.h. es muss vertraglich eine bestimmte Verwendbarkeit des Kaufgegenstands vorausgesetzt werden. Hierfür reicht es aus, dass der Käufer dem Verkäufer erklärt, dass er den Kaufgegenstand für einen bestimmten Zweck erwerben will (z.B. Lebensmittel zum Verzehr – das Verfallsdatum darf nicht abgelaufen sein; Computer mit bestimmter Leistungsfähigkeit für Videobearbeitung – darf kein veraltetes leistungsschwaches Gerät sein; Ersatzteil für einen Gegenstand – dieses muss zum Typ passen und funktionsfähig sein).

dd. Wurde weder eine Beschaffenheitsvereinbarung noch ein besonderer Verwendungszweck zwischen Käufer und Verkäufer vereinbart, so muss sich der Kaufgegenstand zur/zum gewöhnlichen Verwendung/Gebrauch eignen (vgl. § 434 Abs. 1 Satz 2 Nr. 2 BGB). Er muss ferner Beschaffenheiten aufweisen, die bei Kaufgegenständen gleicher Art üblich sind und die ein Durchschnittskäufer erwarten konnte. Der Kaufgegenstand ist mithin dann mangelfrei, wenn er sich für Zwecke eignet und die Beschaffenheiten hat, die Waren der gleichen Art normalerweise haben (z.B. mit Geschirrspüler muss man Geschirr waschen können; mit einem Geländewagen muss man Steigungen fahren können; mit einem Mobilfunktelefon muss man telefonieren können etc.).

Bei dem Kauf von gebrauchten Gegenständen ist der Vergleichsmaßstab natürlich herabzusetzen. Man darf diese bzgl. der Beschaffenheit nicht mit neuen Gegenständen der gleichen Art vergleichen.

c. Montagefehler (unsachgemäß durchgeführte Montage oder mangelhafte Montageanleitungen) werden gemäß § 434 Abs. 2 BGB einem Sachmangel gleichgestellt. Solche Sachmängel sind im Rahmen von Auktionen natürlich eher unwahrscheinlich.

d. Auch eine Falsch- und/oder Zuweniglieferung stellt einen Sachmangel dar (vgl. § 434 Abs. 3 BGB).

e. Weicht der Kaufgegenstand nunmehr von der vereinbarten Beschaffenheit ab (vgl. oben b bb), oder eignet sich der Kaufgegenstand nicht zur vertraglich vorausgesetzten Verwendung (vgl. oben b cc), oder eignet sich der Kaufgegenstand nicht zur/zum gewöhnlichen Verwendung/Gebrauch (vgl. oben b dd), so liegt ein Sachmangel im Sinne von § 434 BGB vor.

f. Problematisch ist die Frage, wer die Mangelhaftigkeit eines Kaufgegenstands beweisen muss. Grundsätzlich gilt nämlich die Vermutung, dass der Kaufgegenstand mit der Verkäuferbeschreibung bzw. dessen Angaben übereinstimmt. Daher trägt der Käufer nach der Rechtsprechung ab Annahme/Gefahrübergang des Kaufgegenstands die Beweislast dafür, dass der Kaufgegenstand mangelhaft ist. Dies kann sehr problematisch sein, da der Verkäufer in der Praxis immer behauptet, dass sich der Kauf-

gegenstand z.B. bei Versand an den Käufer in vertragsgemäßem Zustand befunden hat. Nur in offensichtlichen und gravierenden Fällen kann er sich hierauf nicht berufen. Kommt der Kaufgegenstand z.B. zerbrochen oder mit einem technischen Defekt bei dem Käufer an, so muss dieser beweisen, dass er vor dem Versand bereits zerbrochen war oder einen technischen Defekt aufwies. Dies ist schwierig bzw. teilweise unmöglich.

Selbst wenn der Kaufgegenstand auf dem Versandwege beschädigt wurde, ist die Rechtslage schwierig, da der Käufer keinen Vertrag mit dem Versandunternehmen hat und daher nur der Verkäufer diesem gegenüber Schadensersatzansprüche geltend machen kann. In einem solchen Fall sollte man sich die vertraglichen Ansprüche bzw. Schadensersatzansprüche des Verkäufers gegenüber dem Versandunternehmen abtreten lassen. Auch sollte man die Ware bei Anlieferung immer sofort überprüfen. Die Versandunternehmen behaupten häufig, dass sie die Ware ordnungsgemäß und ohne Beschädigungen befördert haben (selbst wenn die Verpackung zerstört oder eingedrückt wurde! Es wird dann behauptet, der Versender habe die Ware nicht ordnungsgemäß verpackt).

Bei Verbrauchsgüterkäufen (vgl. hierzu oben oder § 474 BGB) ist die Sachlage jedoch anders (vgl. hierzu § 476 BGB). Hier gilt eine sog. „Beweislastumkehr“. Innerhalb der ersten 6 Monate nach Gefahrübergang wird vermutet, dass der Sachmangel bei Gefahrübergang auf den Käufer bereits vorlag. Der Verkäufer trägt die Beweislast dafür, dass ein Sachmangel bei Gefahrübergang auf den Käufer eben nicht vorlag. Ab dem 7. Monat trägt wiederum der Käufer die Beweislast dafür, dass der Sachmangel bereits bei Gefahrübergang auf ihn vorlag. Dies ist für den Käufer sehr schwierig bzw. fast unmöglich zu beweisen. Bzgl. der Abwicklung von Sachmängelfällen machen sich dies große Elektrodiskounter häufig zu nutzen!

In der Kanzlei-Info 06/2004 – V. ~ 3. Die einzelnen Rechte des Käufers bei Sachmängeln

Aus der Politik etc.:

I. Freier müssen bald mit Haftstrafe rechnen!

Bayern erarbeitet ein Bundesgesetz, das unter Umständen Haftstrafen für Freier von Zwangsprostituierten vorsieht. Nach dem Gesetz sollen diejenigen Freier bestraft werden, die wissen oder wissen mussten, dass die Prostituierte gegen ihren Willen arbeitet. Der Gesetzentwurf soll im Sommer 2004 in den Bundesrat eingebracht werden. Als Sanktion sind Geldbußen und Haftstrafen bis zu 3 Jahren vorgesehen. Dem Gesetz soll eine erhebliche Abschreckungswirkung zukommen.

II. Bundestag hat das Gesetz gegen Schwarzarbeit verabschiedet!

Nun wurde auch das Gesetz gegen Schwarzarbeit durch die Regierungskoalition verabschiedet. Unter dem Namen „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ sollen nun 7.000 (momentan 5.000) Mitarbeiter von Zoll und Bundesagentur für Arbeit den Kampf gegen die Schwarzarbeit aufnehmen. Offiziell sollen die Fahn-der sich nicht um Angelegenheiten in privaten Haushalten kümmern. Es soll auch nicht anonymen Hinweisen aus diesem Bereich nachgegangen werden.

Auch Nachbarschaftshilfe fällt nicht unter das „Schwarzarbeitergesetz“. Im Amtsdeutsch: *„gelegentliche Tätigkeiten und Gefälligkeiten sind zulässig, wenn sie nicht nachhaltig auf Gewinn gerichtet sind“*. Es darf mithin nicht in einer Art arbeitnehmerähnlichen Verhältnis auf Dauer für ein größeres Entgelt gear-

beitet werden. Da auf eine Einkommensgrenze verzichtet wurde, können sie ihrem Nachbarn bei der Errichtung seines Neubaus weiterhin tatkräftig unterstützen.

Bargeschäfte ohne Rechnung sollen zukünftig auch eingedämmt werden. In Zukunft müssen Unternehmen privaten Auftraggebern für Dienstleistungen und Arbeiten an privaten Grundstücken Rechnungen ausstellen. Unternehmen müssen diese 10 Jahre aufbewahren, ein privater Auftraggeber 2 Jahre lang. Als privater Auftraggeber sollte man die Rechnungen wegen den unterschiedlichen Mängelansprüchen mindestens 3 bis 5 Jahre aufbewahren. Wer gegen die neuen Aufbewahrungspflichten verstößt, muss mit einem Bußgeld von bis zu 1.000 € und bei nicht ausgestellter Rechnung mit bis zu 5.000 € rechnen.

III. Vorsicht – Gebühren für nachträglich verbotene Dialer werden trotzdem abgerechnet!

In der letzten Zeit wurde 25.000 Internet-Dialern von der Registrierungsbehörde für Telekommunikation und Post (*kurz RegTP*) die Genehmigung entzogen. Bzgl. der zu entrichtenden Entgelte bedeutet dies, dass solche, die auf diese Dialer zurückzuführen sind, nicht entrichtet werden müssen. Trotzdem werden diese Gebühren teilweise einfach eingezogen. Zwar müssen diese unberechtigtweise eingezogenen Gebühren zurückerstattet werden, dies geschieht jedoch erst dann, wenn man selbst aktiv wird und schriftlich Einspruch einlegt.

Die Dialeranbieter dürfen selbst keine Gebühren mehr für die verbotenen Dialer einziehen. Die Netzbetreiber hingegen dürfen weiterhin die Gebühren für diese einziehen. Das Inkasso-Verbot der Regulierungsbehörde greift jedoch nur dann auch gegenüber den Netzbetreibern durch, wenn den jeweiligen Kunden der Verlust ihres Geldes droht. Wenn der Dialeranbieter z.B. insolvent wird.

Betroffene können im Nachhinein immer eine Kostenerstattung für entrichtete Benutzungsentgelte von illegalen Dialern, auch von den jeweiligen Netzbetreibern, verlangen.

***Anmerkung:** Beantragen Sie daher einen vollständigen Einzelverbindungs nachweis und überprüfen Sie stets Ihre Telefonrechnung! Illegale Dialer nutzen nicht nur 0190- oder 0900-Nummern. In der letzten Zeit tauchen Dialer auf, die über fingierte Ferngespräche Gebühren schinden. Die RegTP will nunmehr verschärft gegen Anbieter vorgehen, die die Preisobergrenzen, die Pflichtangaben und die vorgegebenen Rufnummerngassen missachten. Im Einzelfall sollen Verstöße durch die Abschaltung oder Entziehung von Rufnummern oder durch die Untersagung von Rechnungslegung oder des Inkassos geahndet werden.*

IV. Pflichtpfandsystem verstößt gegen EU-Recht!

Das deutsche Pflichtpfandsystem auf Einweg-Getränkeverpackungen verstößt sehr wahrscheinlich gegen europäisches Recht. Nach einem Rechtsgutachten, das für einen Prozeß vor dem europäischen Gerichtshof (kurz EuGH) erstellt wurde, benachteiligt das deutsche Pflichtpfandsystem ausländische Hersteller und ist daher gemeinschaftswidrig. Auch stellt das Gutachten fest, dass die von der Bundesregierung vorgebrachten Umweltgesichtspunkte die Benachteiligung der ausländischen Hersteller nicht aufwiegt. Ein Urteil des EuGH wird im Herbst 2004 erwartet. Sollte der EuGH einen Verstoß gegen das europäische Gemeinschaftsrecht feststellen, so würde das deutsche Pflichtpfandsystem „kippen“.

V. Zinserhöhung bei Förderkrediten!

Die KfW-Mittelstandsbank hat die Zinskonditionen für die meisten Förderprogramme für Unternehmen um ca. 0,2 % pro Jahr angehoben. Eine Übersicht finden Sie unter: www.wabeco.de/f2kon-frame.htm

Interessante Urteile – Kurz notiert!**I. Wasserschäden – Mieter haftet bei Daueröffnung des Waschmaschinenanschlusses!
OLG Oldenburg – Az.: 3 U 6/04 – Urteil vom 05.05.2004**

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Läßt ein Mieter den Wasserhahn seiner Waschmaschine ohne zusätzliche Sicherung dauerhaft geöffnet und kommt es hierdurch zu einem Wasserschaden (z.B. Schlauch rutscht aufgrund des Drucks vom Hahn), so haftet er für diesen, da er den Wasserschaden grob fahrlässig herbeigeführt hat.

Sachverhalt: Der Beklagte wohnte in dem Obergeschoss eines Mietshauses. Er hatte den Wasserschlauch seiner Waschmaschine lediglich mit einer Schelle an den Wasserhahn befestigt. Ferner ließ er den Wasserhahn stets geöffnet. Aufgrund von Materialermüdung und den stetigen Vibrationen rutschte der Schlauch vom Wasserhahn. Das austretende Wasser floss ins Mauerwerk und überflutete die darunterliegende Wohnung. Hierdurch entstand ein Sachschaden von 6.000 €. Die Versicherung des Hauseigentümers regulierte den Schaden, verklagte jedoch daraufhin den Mieter auf Rückerstattung. Dieser meinte, er müsse nicht haften, da er die Versicherung über die entrichteten Nebenkosten mitfinanziert habe.

Entscheidungsgründe: Dieser Argumentation schloss sich das Gericht nicht an. Durch die Mitfinanzierung der Versicherung ist zwar eine stillschweigende Haftungsbeschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit zustande gekommen, jedoch handelte der Beklagte im vorliegenden Fall grob fahrlässig (= *Außerachtlassung der Verkehr erforderlichen Sorgfalt in einem besonders groben Maße*). Um einer Haftung zu entgehen, hätte er nach jeder Wäsche den Wasserhahn verschließen oder einen sog. „Aqua-Stopp“ einbauen müssen. Da er dies jedoch unterlassen hat, handelte er grob fahrlässig.

Anmerkung: Seien Sie mithin vorsichtig mit ihren Wasserhähnen. Dies betrifft nicht nur Mieter, da die Versicherung bei grob fahrlässigem Handeln in der Regel von Ihrer Leistungspflicht frei wird!

**II. Schadensersatzanspruch bei Arbeitsplatzverlust aufgrund unzulässiger Strafverfolgung
OLG Schleswig – Az.: 11 U 60/02 – Urteil vom 15.01.2004**

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Erleidet ein Bürger aufgrund einer unrechtmäßigen Strafverfolgungsmaßnahme (hier: Führerscheinentzug) einen Schaden z.B. einen Arbeitsplatzverlust, so kann er diesbezüglich gegenüber dem Staat Schadensersatzansprüche geltend machen. Bei einem Arbeitsplatzverlust bestehen Schadensersatzansprüche jedoch nur dann, wenn das Arbeitsverhältnis gerade wegen der Strafverfolgungsmaßnahme gekündigt/aufgelöst wird. Die Beweislast hierfür trägt der Geschädigte.

Sachverhalt: Dem Kläger war auf seiner Arbeitsstelle sein Auto mit einem Zweitschlüssel gestohlen worden. Der Dieb war daraufhin in einen Verkehrsunfall mit Fahrerflucht verwickelt worden. Die Polizei glaubte dem Kläger jedoch nicht und beschlagnahmte dessen Fahrerlaubnis. Daraufhin verlor er wegen der beschlagnahmten Fahrerlaubnis seine Arbeitsstelle. Dem Kläger wurde dann im Schadensersatzprozess eine Entschädigung von 2.000 € zugesprochen. Bei der Bemessung wurde der Arbeitsplatzverlust jedoch nur unwesentlich berücksichtigt. Zur Begründung wurde ausgeführt, dass er das Arbeitsverhältnis sowieso ca. 4 Monate später aus gesundheitlichen Gründen hätte beenden müssen.

Entscheidungsgründe: Die hiergegen gerichtete Berufung hatte Erfolg. Die Beklagte muss dem Kläger den Verdienstausfall für 1 Jahr ersetzen. Zu den entschädigungsfähigen wirtschaftlichen Nachteilen bei einer unrechtmäßigen Strafverfolgungsmaßnahme kann auch der Verlust des Arbeitsplatzes gehören, wenn das Arbeitsverhältnis vom Arbeitgeber gerade wegen der gegen den Arbeitnehmer gerichteten Strafverfolgungsmaßnahme aufgelöst wird und diese Auflösung arbeitsrechtlich gerechtfertigt ist. Das Gericht beschränkte jedoch den Schadensersatzanspruch auf 1 Jahr, mit der Begründung, dass vom Kläger zu erwarten war, dass er sich um eine neue Arbeitsstelle bemüht. Bzgl. seiner diesbezüglichen Bemühungen und deren Erfolglosigkeit hatte er jedoch keine Angaben gemacht, so dass das Gericht eine Begrenzung für gerechtfertigt hielt.

III. Wirksame Atemalkoholmessung kann erst 20 Minuten nach Trinkende erfolgen!
OLG Karlsruhe – Az.: 1 Ss 30/04 – Beschluss vom 19.04.2004

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Atemalkoholmessungen, die im Rahmen einer Verkehrskontrolle vorgenommen werden, können erst dann verwertet werden, wenn sie mindestens 20 Minuten nach Trinkende stattfinden. Erst nach dieser Wartefrist tritt ein verwertbares Verhältnis zwischen Atemalkohol- und Blutalkoholkonzentration ein. Messungen die vorher getätigt werden, unterliegen noch starken Schwankungen.

Sachverhalt: Der Angeklagte hatte ein paar Gläser Bier getrunken und war in eine Verkehrskontrolle geraten. Bei dieser wurde eine Atemalkoholkonzentration von 0,26 mg/l festgestellt, so dass gegen ihn ein Fahrverbot von einem Monat und eine Geldbuße in Höhe von 250 € verhängt wurde. Der Angeklagte bestritt die Ordnungsmäßigkeit der Atemalkoholmessung und berief sich auf die zu kurze Wartezeit. Die Polizisten hatten bei der Verkehrskontrolle den Zeitablauf nicht schriftlich fixiert. Später wurde jedoch nach einer „Rekonstruktion“ behauptet, die Zeitspanne zwischen Verlassen der Gaststätte und der Alkoholmessung habe mehr als 20 Minuten betragen.

Entscheidungsgründe: Das OLG gab dem Angeklagten recht. Die Einhaltung der 20-minütigen Wartezeit konnte nicht zweifelsfrei nachgewiesen werden, da die Polizisten keine eindeutigen Zeitangaben vermerkt hatten. Das OLG bewertete die spätere Rekonstruktion als „zweifelbehaftete Schätzung“. Da die Einhaltung der Mindestwartezeit von 20 Minuten nicht nachgewiesen werden konnte, durfte die vorgenommene Atemalkoholmessung nicht verwertet werden.

IV. Bei Versorgungsausgleich ist eine Ausbildungsfinanzierung durch den Ehegatten zu beachten!
Bundesgerichtshof – Az.: XII ZB 27/99 – Beschluss vom 24.04.2004

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Hat ein Ehegatte während der Ehezeit eine Ausbildung absolviert die vom anderen Ehegatten finanziert wurde und hat er weder gearbeitet noch den Haushalt geführt, so steht ihm unter Umständen kein Versorgungsausgleich zu. Die Vornahme eines Versorgungsausgleichs kann unter diesen Umständen nämlich grob unbillig sein.

Sachverhalt: Die Ehefrau hatte ihrem Ehegatten das Studium finanziert. Nach dem Studium war der Ehegatte arbeitslos und wurde weiterhin von seiner Ehefrau unterstützt. Insgesamt arbeitete der Ehemann

während der Ehe lediglich 1 Jahr und kümmerte sich weder um den Haushalt noch um die Erziehung und Betreuung der gemeinsamen Kinder. Im Scheidungsverfahren verlangte er dann die Vornahme eines Versorgungsausgleichs.

Entscheidungsgründe: Der BGH stellte fest, dass es „grob unbillig“ sei, wenn bei der Vornahme eines Versorgungsausgleichs die Ausbildungsfinanzierung nicht berücksichtigt werde. Durch eine vorgenommene Ausbildungsfinanzierung wird der Grundstein für eine eigene Karriere und eine eigene Altersversorgung geschaffen. Wird dies bei der Vornahme eines Versorgungsausgleichs nicht berücksichtigt, so würde das dazu führen, dass der erwerbstätige Ehegatte im Endeffekt doppelt zahlt.

Auch dient der Versorgungsausgleich dazu, die Altersversorgung desjenigen Ehegatten zu verbessern, der in der Ehe andere Aufgaben übernommen hat und daher keine eigene Altersvorsorge aufbauen konnte. Widmet sich jedoch ein Ehegatte nur seiner Ausbildung und übernimmt er keine anderen ehelichen Aufgaben, so ist es unbillig ihm einen Versorgungsausgleichsanspruch zu gewähren.

V. Pflichtteilsentziehung kann zu Lebzeiten des Erblassers schon überprüft werden!
Bundesgerichtshof – Az.: IV ZR 123/03 – Urteil vom 10.03.2004

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Mögliche Erben können bereits zu Lebzeiten des Erblassers gerichtlich überprüfen lassen, ob eine Enterbung rechtmäßig ist oder nicht. Die Erben haben insoweit auch ein berechtigtes Feststellungsinteresse, denn nur so können sie bzgl. der Erbschaft „planen“.

Sachverhalt: Ein Vater enterbte seinen Sohn. Die Vorinstanzen wiesen die Klage als unzulässig ab, da der Kläger zu Lebzeiten des Erblassers kein berechtigtes Interesse an der Feststellung der Wirksamkeit der Enterbung habe.

Entscheidungsgründe: Nach Ansicht des BGH hat der Kläger ein berechtigtes Interesse an der Feststellung, ob sein Vater berechtigt ist, ihn zu enterben. Das Recht zur Enterbung ist ein gegenwärtiges Recht und nicht ein vom Tod des Erblassers abhängiges zukünftiges Recht. Durch die Enterbung greift der mögliche Erblasser in die Rechtstellung des Pflichtteilsberechtigten ein. Es ist daher gerechtfertigt, wenn der Pflichtteilsberechtigte die Rechtmäßigkeit zu Lebzeiten des potentiellen Erblassers überprüfen lassen kann. Die Überprüfung der Enterbung zu Lebzeiten ist auch für den potentiellen Erblasser von Vorteil, da er die Gründe für die Enterbung selbst vortragen kann.

VI. Erpressungsgelder wegen außerehelichem Verhältnis können nicht abgesetzt werden!
Bundesfinanzhof – Az.: III ZR 31/02 – Urteil vom 18.03.2004

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Gezahlte Erpressungsgelder, um ein außereheliches Verhältnis zu verheimlichen, können nicht von den Steuern als außergewöhnliche Belastung abgesetzt werden.

Sachverhalt: Der Kläger hatte mit einer Haushaltsgehilfin ein Verhältnis. Nach dem Ende dieses Verhältnisses wurde er von einer Freundin der Haushaltsgehilfin erpresst. Diese drohte, der herzkranken Ehefrau des Klägers von dem intimen Verhältnis zu erzählen. Der Kläger zahlte daraufhin an die Erpresserin 191.000 DM! Der Kläger hatte jedoch Buchhalterqualitäten und notierte sich jeweils den Zeitpunkt und Umfang der Zahlungen, er sammelte Überweisungsträger, kopierte übergebene Schecks und Einzah-

lungsbelege für Postanweisungen. Daneben ließ er sich von der Erpresserin den Empfang des Geldes quittieren (was für eine clevere Erpresserin). Nach dem Tod seiner Ehefrau zeigte der Kläger die Erpresserin an, die anschließend verurteilt wurde. Da die Erpresserin die Gelder ausgegeben hatte und eine Rückzahlung nicht zu erwarten ist, kam der Kläger auf die „glorreiche“ Idee diese von der Steuer als außergewöhnliche Belastungen abzusetzen. Sein Finanzamt konnte sich jedoch mit dieser Idee nicht anfreunden.

Entscheidungsgründe: Erpressungsgelder können in der Regel nicht als außergewöhnliche Belastung abgesetzt werden. Es ist insoweit zu unterscheiden zwischen den Fallgruppen, in denen der Steuerpflichtige durch sein Verhalten selbst eine hauptsächliche Ursache für eine Erpressung gesetzt hat und den Fällen, in denen es an einem „Mitverschulden“ fehlt. Auf keinen Fall sind solche Erpressungsgelder absetzbar, die angefallen sind, weil sich der Steuerpflichtige strafbar oder sonst sozialwidrig verhalten oder gegen die von ihm selbst oder von ihm nahestehenden Personen für verbindlich anerkannten Verhaltensmaximen verstoßen hat. Denn eine außergewöhnliche Belastung entsteht nur dann, wenn die Aufwendungen zwangsläufig anfallen.

Im vorliegenden Fall sind die gezahlten Erpressungsgelder zwar außergewöhnlich gewesen, denn in der Regel wird man wegen eines außerehelichen Verhältnisses nicht gleich erpresst. Jedoch ist der Kläger das Verhältnis aus freien Stücken eingegangen und hat den Grund für die Erpressung mithin selbst gesetzt. Die Erpressungsgelder sind mithin nicht zwangsläufig angefallen. Ferner hätte der Kläger die Gelder nicht zahlen müssen. Er hätte seiner Ehefrau das beendete Verhältnis auch gestehen können. Dass seine Ehefrau so herzkrank war, dass diese Alternative ausgeschlossen gewesen ist, hat der Kläger im Verfahren nicht dargelegt.

VII. Fristlose Kündigung wegen Aufruf von pornografischen Internetseiten? Landesarbeitsgericht Rheinland-Pfalz – Az.: 4 Sa 1288/03 – Urteil vom 13.05.2004

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Eine fristlose Kündigung wegen erstmaligem Aufrufen von pornografischen Internetseiten am Arbeitsplatz ist unwirksam. Zunächst muss der jeweilige Arbeitnehmer abgemahnt werden, weil erst nach erfolgloser Abmahnung feststeht, dass sich der Vertrauensbruch zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht wieder beheben lässt.

Sachverhalt: Dem klagenden Pädagogen war fristlos gekündigt worden, weil er von seinem Arbeitsplatz PC pornografische Internetseiten aufgerufen hatte. Der Arbeitgeber begründete die fristlose Kündigung damit, dass er an das Verhalten von Pädagogen höhere Anforderungen stellen würde, als an andere Mitarbeiter.

Entscheidungsgründe: Nach Auffassung des Gerichts war die ausgesprochene fristlose Kündigung unwirksam, da der Kläger sein Verhalten sofort zugegeben hatte. Hierdurch sei zu erwarten, dass das Vertrauensverhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer wieder hergestellt werden könne. Die fristlose Kündigung war wegen des Fehlens einer vorhergehenden Abmahnung unwirksam.

VIII. Geschiedene Elternteile haben nicht zwangsläufig das gemeinsame Sorgerecht für die Kinder!
OLG Saarbrücken – Az.: 9 UF 133/03 – Beschluss vom 05.01.2004

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Zwar ist nach den gesetzlichen Regelungen eine gemeinsame elterliche Sorge vorgesehen. Jedoch wird der gemeinsamen elterlichen Sorge kein Vorrang vor der Alleinsorge eines Elternteils eingeräumt. Zum Kindeswohl kann das Sorgerecht einem Elternteil übertragen werden.

Sachverhalt: Aus der geschiedenen Ehe waren 3 Kinder hervorgegangen. Beide Elternteile hatten zunächst das gemeinsame Sorgerecht. Nach einer Weile wurde das Sorgerecht jedoch der Mutter übertragen, da beide Elternteile keine einvernehmlichen Lösungen bzgl. der Kindeserziehung finden konnten. Gegen die Sorgerechtsübertragung auf die Mutter wehrte sich der Vater.

Entscheidungsgründe: Das Gericht wies die Beschwerde des Vaters ab. Die Übertragung des alleinigen Sorgerechts auf die Mutter war im vorliegenden Fall rechtmäßig, da sie dem Kindeswohl entsprach. Voraussetzung für das gemeinsame Sorgerecht ist, dass die Elternteile bereit sind die elterliche Sorge einvernehmlich zu tragen. Schaffen es die Elternteile auf Dauer nicht eine einvernehmliche Regelung herbeizuführen, so ist dem alleinigen Sorgerecht eines Elternteils der Vorzug zu geben.

IX. Bei 3 Kindern keine Pflicht zur Zahlung von Rentenbeiträgen?
Sozialgericht Köln – Az.: S 5 KR 322/03 – Urteil vom 07.06.2004

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Auch Familienväter mit (3) Kinder/n müssen Beiträge zur gesetzlichen Rentenkasse zahlen.

Sachverhalt: Der Kläger ist der Ansicht, mit der Erziehung seiner 3 Kinder dem Generationsvertrag genüge getan zu haben und daher keine Rentenbeiträge mehr entrichten zu müssen. Ferner machte er verfassungsrechtliche Bedenken gegen die Einziehung von Rentenbeiträgen zur gesetzlichen Rentenversicherung auch von Familien geltend.

Entscheidungsgründe: Bereits im September 2003 war der Kläger vor dem Bundessozialgericht mit einem Verfahren gescheitert. Nunmehr klagte er wieder vor dem Sozialgericht Köln. Dieses wies seine Klage ab, da seine Argumentation ihn nicht von der Beitragspflicht in der Solidargemeinschaft befreit.

X. Heirat im Ausland durch Vertreter mit Generalvollmacht wirksam?
KG Berlin – Az.: 1 W 173/03 – Beschluss vom 22.04.2004

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Eine im Ausland geschlossene sog. „Handschuhehe“, bei der ein Ehegatte von einem Dritten vertreten wird und dieser lediglich eine Generalvollmacht hat, in der der andere Ehegatte nicht genau bezeichnet ist, kann wirksam sein. Bei der Auslegung, ob es sich um eine reine Vertretung oder eine Vertretung im Willen (in Deutschland unzulässig) handelt ist auf die tatsächlichen Umstände abzustellen.

Sachverhalt: Das Ehepaar (ein Pakistani und eine Deutsche) hatte sich in Pakistan trauen lassen, wobei der Ehemann von seinem älteren Bruder, der eine sachlich und zeitlich unbefristete notariell beglaubigte Generalvollmacht innehatte, vertreten wurde. Der Ehemann selbst hielt sich als Asylbewerber in Deutschland auf. Das Standesamt Berlin erkannte die geschlossene Ehe nicht an.

Entscheidungsgründe: Das Kammergericht hält die geschlossene Ehe für wirksam, da sich die Wirksamkeit der Vollmacht nach pakistanischem Recht richtet. Ferner waren die Richter der Auffassung, dass der ältere Bruder als Vertreter die Verlobte seines Bruders gemäß dessen Willen und als reiner „Erklärungsvertreter“ geheiratet hat. Dies ergibt sich daraus, dass die Verlobte bei der Hochzeit anwesend war und der ältere Bruder zuvor als Familienoberhaupt seine Zustimmung zur Eheschließung gegeben hat.

Kuriose Urteile und ähnliches:

I. Bußgeldbescheid in Sachsen wegen Geschwindigkeitsüberschreitung erhalten – Was tun? Amtsgericht Kamenz – Az.: 3 Owi 140 Js 6734/02 – Beschluss vom 26.06.2002

Mit Beschluss des Amtsgerichts vom 26.06.2002 wurde das Verfahren gemäß § 47 Abs. 2 OWiG eingestellt, da die Ordnungswidrigkeit verjährt war. Jedoch wie kam es hierzu? Eine interessante Geschichte.... Der Fahrer, nennen wir ihn Herr C ist juristisch und geschichtlich verbildet und verlangt für seine Tätigkeiten zudem noch einen Stundensatz von 120 €! Als Herr C einen Bußgeldbescheid bzgl. seiner Geschwindigkeitsüberschreitung (lediglich 11 km/h – Geldbuße von 20 €) erhielt, sandte er folgendes Schreiben an das Landratsamt K:

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich weise den von Ihnen gestellten Bußgeldbescheid zurück und äußere mich nicht zur Sache.

Begründung: *Ich würde gerne von Ihnen erfahren, auf welcher Basis Sie einen Bußgeldbescheid ausstellen, da das Grundgesetz der BRD seit 17. Juli 1990 durch die Streichung des territorialen Geltungsbereiches (§23 GG) von den Alliierten in den 4+2-Verhandlungen in Paris durch Herrn James Baker ungültig gemacht wurde.*

Damit sind alle gesetzlichen Grundlagen, auf die Sie sich stützen, erloschen. Sie handeln aber völkerrechtswidrig auf Gewohnheitsrecht. Dies ist Ihnen als ehemalige Körperschaft öffentlichen Rechts grundsätzlich nicht erlaubt.

1. Damit ist wieder der alte verfassungsrechtliche Status des Deutschen Reichs in Kraft getreten und der kennt kein Gesetz für Ordnungswidrigkeiten nach StVO.

2. Laut Gerichtsverfassungsgesetz ist eine Handlung ohne rechtliche oder gesetzliche Grundlage nichtig. Damit haben Sie grundsätzlich keine Kompetenz mehr, Bußgeldbescheide, Kostenbescheide o.ä. auszustellen. Ihnen fehlt dazu jegliche rechtsstaatliche Grundlage.

Ich erwarte von Ihnen die sofortige Einstellung des Verfahrens. Außerdem berechne ich Ihnen für die Bearbeitung dieses Schreibens einen Stundensatz 120,- €.

Den Bußgeldbescheid gebe ich Ihnen zu meiner Entlastung in diesem Brief zurück.

Hochachtungsvoll C.....

Daraufhin übergab das Landratsamt K die Angelegenheit der zuständigen Staatsanwaltschaft und Herr C wurde zur Hauptverhandlung geladen. Daraufhin wurde Herr C abermals tätig und sandte folgenden Brief ans Gericht:

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich stelle fest, daß ich nicht einen Einspruch gegen den Bußgeldbescheid eingelegt habe, sondern daß ich dem Landratsamt Kamenz mitgeteilt habe, daß es seit dem 18. Juli 1990 keine Rechtsgrundlagen mehr hat, aufgrund derer das Landratsamt Kamenz berechtigt ist, Bußgeldbescheide zu erlassen. Da ich keinen „Einspruch eingelegt“ habe, kann auch nicht über etwas, das es nicht gibt, hauptverhandelt werden.

Die Ladung zu irgendeiner „Hauptverhandlung“ auf den 3. Juli 2002 um 12.30 Uhr, die Sie mir durch das Privatunternehmen Deutsche Post AG haben zustellen lassen, ist nichtig!

Ich äußere mich nicht zur Sache der Verkehrsordnungswidrigkeit. Ich rege an, die Anberaumung dieser Hauptverhandlung aufzuheben, kein Verfahren zu eröffnen und keine Hauptverhandlung durchzuführen.

Den vollständigen Brief können Sie unter <http://www.ra-kotz.de/bussgeldsachsen.htm> nachlesen!

II. Schlusswort über 6 Stunden half Angeklagten nicht!

Am 07.05.2004 hat das Landgericht München I einen bereits mehrfach vorbestraften 39 jährigen Kaufmann zu 7 ½ Jahren Freiheitsstrafe verurteilt. Mehr als 6 Stunden lang versuchte er die Richter von seiner Unschuld zu überzeugen - vergebens. Die ehemaligen Geschäftspartner (Banken und Automobilhersteller) des Kaufmanns warfen diesem Betrugsdelikte mit einem Gesamtschaden von über 2.000.000 € vor. Natürlich völlig zu Unrecht, daher will der Kaufmann nun Revision gegen das Urteil einlegen.

III. Fernsehprogramausfall durch Übertragung der Hochzeit des dänischen Kronprinzen VG Mainz – Az.: 4 L 476/04.MZ – Beschluss vom 14.05.2004

Leitsatz vom Verfasser (nicht amtlich!): Fernsehzuschauer können einen Fernsehsender nicht per einstweiliger Verfügung dazu verpflichten bestimmte Sendungen auszustrahlen.

Sachverhalt: Ein Fernsehzuschauer machte sich aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit Sorgen darüber, dass das ZDF die Sendungen „heute“ und „Mittagsmagazin“ aufgrund einer Liveberichterstattung über die Hochzeit des dänischen Kronprinzen Frederick ausfallen lässt. Nach Auffassung des Antragstellers sei dies nicht zulässig. Das ZDF könne nicht um der Einschaltquote willen seine Informationspflicht vernachlässigen.

Entscheidungsgründe: Die Richter konnten die Auffassung des Antragstellers nicht nachvollziehen und wiesen den Antrag ab. Da das ZDF die Sendungen ausstrahlen wollte, fehlte dem Antragsteller bereits das Rechtsschutzbedürfnis.

Ferner hat der Antragsteller auch keinen Anspruch auf die Ausstrahlung der Sendungen, denn die grundgesetzlich verankerte Informationsfreiheit begründet keinen Anspruch auf eine bestimmte Programmgestaltung. Aus der Informationsfreiheit resultiert lediglich der Anspruch, die Sendungen empfangen zu können. Die Informationsfreiheit steht in Wechselwirkung mit der Rundfunkfreiheit. Diese berechtigt die Sender dazu, die Auswahl, den Inhalt und die Gestaltung des Programms selbst zu bestimmen. Daher kann das ZDF den Programminhalt selbst ändern, wenn dies die Verantwortlichen für sinnvoll erachten.

IV. Für uneinsichtige Kläger kann es teuer werden!

Sozialgericht Frankfurt/Main – Az.: S 21 RJ 4016/99 – Beschluss vom 12.05.2004

In dem Rechtsstreit um Rentengewährung ging es um den Gesundheitszustand des 56-jährigen Klägers (Maler). Trotz 8 negativer ärztlicher Gutachten und mithin aussichtsloser Prozesslage war der Kläger nicht bereit seine Klage zurückzunehmen. Dies erzürnte die Richter sehr. Daher stellten sie ihm die Kosten für die Urteilerstellung wegen Missbrauchs der Sozialgerichtsbarkeit in Rechnung. Das Sozialgerichtsverfahren ist sonst kostenfrei. Die Richter stellten 2 ½ Arbeitsstunden á 300,00 € zzgl. der Kosten für Schreibdienst und Zustellung, mithin 1.000 € in Rechnung.